

Pressemitteilung

26. November 2015

Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages tagten in Hamburg

Zuwanderung reduzieren und Integration neu ausrichten – Kommunen nicht überfordern

Die deutschen Städte leisten seit Monaten Großes, um Menschen bei sich aufzunehmen und zu versorgen, die vor Krieg oder politischer Verfolgung zu uns fliehen und schutzbedürftig sind. Sie sehen sich hier weiterhin gemeinsam mit Bund und Ländern in der Verantwortung. Gleichzeitig sind vielerorts Unterbringungsmöglichkeiten erschöpft und Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht. Das Präsidium und der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages forderten deshalb heute in Hamburg, die Flüchtlingszuwanderung Richtung Deutschland müsse besser gesteuert und insgesamt deutlich verringert werden.

Außerdem halten die Städte es für nötig, die Integrationspolitik neu auszurichten, um die Integration der zahlreichen Menschen mit Bleibeperspektive erfolgreich gestalten zu können. Bund und Länder müssten ihre Ausgaben für Maßnahmen der Integration erheblich ausweiten, damit die Kommunen finanziell in die Lage versetzt werden, die notwendigen Integrationsleistungen zu erbringen (siehe weitere Pressemitteilung zur Integration).

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigs-
hafen, erklärte nach der Sitzung der Spitzengremien in Hamburg: **„Die Städte stellen sich Tag für Tag engagiert den Herausforderungen durch die hohe Zahl der Flüchtlinge. Dabei spüren wir neben unserer humanitären Verantwortung auch: Eine weitere Zuwanderung wird nur zu bewältigen sein, wenn sie erheblich wirkungsvoller gesteuert und reduziert wird. Die Asylpakete 1 und 2 enthalten wichtige und richtige Schritte auf nationaler Ebene: Schnellere Asylverfahren, mehr Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen und effektivere Rückführungen von Menschen ohne Bleibeperspektive sind elementar. Hier brauchen wir rasch größere Fortschritte, damit sich die Kommunen auf Flüchtlinge konzentrieren können, die unseren Schutz brauchen.“**

Der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, machte im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages deutlich, dass die Behörde derzeit ihre Anstrengungen erheblich verstärkt, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Weise schilderte auch die Vorbereitungen für den vorgesehenen Flüchtlingsausweis. Dieser kann nach Auffassung der Städte erheblich zur Verfahrensvereinfachung beitragen und müsse einschließlich der erforderlichen Dateninfrastruktur rasch eingeführt werden.

„Wir brauchen aber auch unbedingt wirksame Maßnahmen, die bei den Fluchtursachen ansetzen und innerhalb der EU. Denn unser Land und seine Kommunen dürfen nicht überfordert werden“, betonte Städtetagspräsidentin Lohse. Die Bundesregierung bleibe aufgefordert, gemeinsam mit allen Partnern Deutschlands ihren Einfluss geltend zu machen, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien, im Irak und in Afghanistan zu beenden: **„Vor**